



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

17. Sept. 2013

CDU-Juristen: „Unsere Landesverfassung nach bayerischem Vorbild weiterentwickeln“

Landesvorsitzender Dr. Graf: „Auch Baden-Württemberg sollte der Schuldenbremse, der Förderung des Ehrenamtes und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land Verfassungsrang geben!“

Als wichtigen Schritt, der für Baden-Württemberg Vorbildcharakter habe, bewertete der Vorstand des LACDJ die nunmehr per Volksentscheid beschlossenen Änderungen der Bayerischen Landesverfassung. Die Bürger im Freistaat hatten am vergangenen Sonntag, den 15. Sept. 2013, nicht nur über die neue Zusammensetzung des Bayerischen Landtags, sondern auch über Änderungen der Bayerischen Verfassung durch einen Volksentscheid abgestimmt. Mit den Änderungen, auf die sich zuvor alle Landtagsfraktionen mit Ausnahme der Grünen geeinigt hatten, wurde die bayerische Verfassung in wichtigen Punkten weiterentwickelt.

„Zum einen wurde die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land als Staatsziel festgelegt. Diesbezüglich sollte auch für den Südwesten deutlich hervorgehoben werden, dass Politik nicht an den Menschen

im Ländlichen Raum vorbei gemacht werden darf,“ so der Landesvorsitzende Dr. Graf.

Weiter hat Bayern nun die sog. „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung aufgenommen, wonach der Haushalt grundsätzlich ohne Nettokreditaufnahme auszugleichen ist. „Gerade Baden-Württemberg wäre gut beraten, dies ebenfalls zu tun. So könnte schon vor der unmittelbaren Geltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes ab 2020 bereits jetzt ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass es die Landesregierung mit der Konsolidierung des Haushaltes ernst meint. Zweifel hieran sind aktuell leider mehr als angebracht,“ so Dr. Graf weiter.

Schließlich sollte auch die "Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl" als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden. Welche zentrale Bedeutung ehrenamtliches Engagement für unsere Gesellschaft hat, wurde in diesem Sommer beim Einsatz unzähliger freiwilliger Helfer in den vom Jahrhundert-Hochwasser betroffenen Gebieten deutlich. Es ist mehr als nur angemessen, einem solchen ehrenamtlichen Einsatz Verfassungsrang zu verleihen,“ so Dr. Graf abschließend.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.